

# Hinten Anstellen war gestern.



## Grußwort der FDP-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

Christopher Vogt, FDP

im Namen der Freien Demokraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Landesgewerkschaftstag. Neben anstehenden Wahlen haben Sie sich grundlegende Kursentscheidungen für die weitere Arbeit des dbb vorgenommen. Das Motto „Hinten anstellen war gestern“ ist durchaus kämpferisch gewählt.

Tatsächlich haben die Zeiten der leeren Haushaltskassen –wie viele andere Bereiche- auch den öffentlichen Dienst getroffen. Das Weihnachtsgeld ist hierfür nur ein Beispiel. Auch Einsparungen in der Personal- und Sachausstattung hatten Auswirkungen auf die Bediensteten und Beschäftigten.

Auch wir sind der Meinung, dass die öffentliche Verwaltung auf effiziente Strukturen angewiesen ist und Ausgaben müssen immer wieder hinterfragt werden dürfen. Aber beileibe nicht jede Einsparung schafft Effizienz. Die Beschäftigten und Bediensteten im öffentlichen Dienst dürfen zu Recht von der Politik verlangen, dass ihnen Strukturen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden, die ihnen gutes Arbeiten ermöglichen. Wenn hier durch Sparpolitik falsche Entscheidungen getroffen werden, sind die Folgen oft besonders gravierend und langfristig. Gerade in der öffentlichen Verwaltung lassen sich einmal beseitigte Strukturen nur äußerst mühsam wieder aufbauen.

Auch für den Bürger können diese Einsparungen negative Folgen haben. Wenn staatliche Strukturen etwa aus der Fläche abgezogen werden, so kann das die Erreichbarkeit für den Bürger beeinflussen. Bei der Polizei ist dies besonders dramatisch, da die Erreichbarkeit hier unmittelbaren Einfluss auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl haben. Deswegen bin ich froh, dass wir Freie Demokraten zusammen mit unseren Koalitionspartnern den Kahlschlag bei den Polizeistationen sehr zügig nach Übernahme der Regierungsverantwortung beendet haben.

Die Verwaltung ist die Schnittstelle zwischen Bürger und Staat. In Zeiten, in denen das Vertrauen in staatliches Handeln und staatliche Institutionen zusehends schwindet, ist es daher wichtig, dass die Verwaltung gut aufgestellt ist. Mit der Abkehr von Personalabbau hin zur Personalaufstockung bei Schulen, Gerichten und Polizei haben wir bereits wichtige Schritte unternommen.

Dies betrifft durchaus den Kern liberaler Politik: Als Freie Demokraten sind wir zwar der Überzeugung, dass die öffentliche Hand sich aus bestimmten Bereichen weitestgehend heraushalten sollte. Der Staat sollte sich etwa nicht als Wettbewerber zu privaten Unternehmen berufen sehen. Es ist aber genauso unsere Überzeugung, dass bestimmte Bereiche staatlichen Handelns unantastbar sind. Und dort ist es unsere Pflicht,